

mittendrin

Ausgabe 02/2010
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Mieterstadt muss bleiben

DIE LINKE startet Projekt »Soziale Wohnungspolitik in Berlin«



Foto: Archiv

Wohnungen sind auch in Berlin nicht zu Schnäppchenpreisen zu haben

Der Berliner Landesverband der LINKEN hat die Wohnungspolitik für sich wiederentdeckt, nachdem er bei diesem Thema viele Jahre eher zurückhaltend agierte. Zu lange hat die Senatorin für Stadtentwicklung gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft den Eindruck vermitteln können, Berlin hat einen ausgewogenen Wohnungsmarkt und stellt im Vergleich mit München, Hamburg und London geradezu einen Schnäppchenmarkt dar.

Für gutbezahlte Beamte und zugereichte Firmenvertreter mag das zutreffen. Berlinerinnen und Berliner mit langer Wohndauer hier und einfachen, typischen Berliner Einkommensverhältnissen waren eher erstaunt. Sie hatten keine Ahnung, worüber Frau Senatorin sprach. Jedenfalls nicht über ihre Miete und nicht über ihren Kiez.

Nun hat der Landesparteitag der Berliner LINKEN Ende letzten Jahres einen sehr guten Beschluss gefasst: Die Berliner LINKE muss ihr Profil erweitern und weitere Themenschwerpunkte besetzen. Mit dem Projekt »Soziale Wohnungspolitik in Berlin« wollen wir erreichen, »dass Berlin eine Stadt bleibt bzw. wieder wird, in der alle in all ihren Teilen die Möglichkeit haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir wollen verhindern, dass die soziale Spaltung der Gesellschaft wie in anderen Metropolen sich in eine räumliche vertieft und dass Menschen mit geringem Einkommen aus ihrem Kiez und damit auch aus ihrem sozialen Umfeld und Netzwerken verdrängt werden«, Zitat aus dem Beschluss der 3. Tagung des 2. Landesparteitages. Dieser Beschluss ist wichtig. Er hat eine gesamtberliner Dimension.

Der Berliner Wohnungswirtschaft steht eine riesige Sanierungswelle bevor, ausgelöst durch Klimawandel, Ressourcenverknappung und demographischen Wandel, durch eine zunehmend älter werdende Bevölkerung mit speziellen Wohnbedürfnissen. Hunderttausende Wohnungen müssen in naher Zukunft energetisch saniert und barrierefrei umgebaut werden. Hier ordnet sich auch das umstrittene Berliner Klimaschutzgesetz aus dem Hause unserer Umweltsenatorin Katrin Lompscher ein, für das sie zu Unrecht heftig gescholten wurde. Die Kritik kam vor allem von den Eigentümerverbänden, weil das Gesetz »Zwangsmaßnahmen« zur energetischen Erneuerung der Gebäude vorsah. Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt kann man aber nicht der Freiwilligkeit überlassen. Klar ist, dass die Vermieter das nicht alleine stemmen. Die finanziellen Folgen dürfen auch nicht den Mietern überlassen werden. Wir brauchen ein zielgenaues gesamtstaatliches Förderprogramm, das im notwendigen Umfang nur die Bundesregierung liefern kann. Nach der sinnlosen Abwrackprämie ist nun ein wirkliches umweltentlastendes Konjunkturprogramm für die energetische Sanierung unserer Wohnungen gefragt.

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur als solche gelöst werden kann. Klimaschutz und Mieterschutz ist eine der zentralen politischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Wir können es uns nicht leisten, das eine gegen das andere abzuwägen. Es gehört zu den zentralen Aufgaben linker Wohnungspolitik, das eine zu tun ohne das andere zu lassen. Eine Modernisierungsankündigung soll die Mieterinnen und Mieter nicht mehr in Angst und Schrecken versetzen.

Kümmern wir uns drum. Ein großartiges linkes Projekt. Eine Aufgabe für die Bezirks-, Landes- und Bundespolitik gleichermaßen.

Sven Diedrich

Stadtentwicklungspolitischer Sprecher
in der BVV-Fraktion

Das nächste Basistreffen

findet am **Dienstag, 9. Februar, 19 Uhr** im Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus (Kleine Alexanderstraße, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz) statt. (Bitte Ort beachten!)

Thema: **Unsere Zukunft dauerhaft sozial und ökologisch sichern – Anspruch und Aufgaben der LINKEN**

Gast: **Katrin Lompscher**, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Die gute Nachricht gleich am Anfang. Mit der Wahl von Petra Schrader in der Januartagung der BVV sitzt wieder eine Stadträtin der LINKEN im Bezirksamt Mitte.

Die Nachbesetzung war durch die Berufung von Rainer-Maria Fritsch zum Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales notwendig geworden. Mit 35 Ja-Stimmen von 51 anwesenden Bezirksverordneten (7 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen) ist sie mit einer soliden Mehrheit ins Amt gewählt. Die schlechte Nachricht: In der Sondersitzung des Bezirksamts am gleichen Abend konnte die SPD ihre seit längerem verfolgte Absicht durchsetzen, die Ämterverteilung im Bezirksamt zu ändern. Mit Mehrheit beschloss das Bezirksamt, das bisherige Ressort der LINKEN »Jugend und Finanzen« aufzuteilen. Petra Schrader ist ab sofort Jugendstadträtin. Das Finanzressort geht an Stadträtin Dagmar Hänisch (SPD). Zum 1. April wird die linke Stadträtin zudem das Ressort Schule und Sport zu verantworten haben, von dem sich die SPD in Erwartung künftiger Auseinandersetzungen rechtzeitig vor den Wahlen unbedingt trennen will.

Die Debatte in der Bezirksverordnetenversammlung wurde noch einmal hitzig, als die Anfrage der LINKEN »KKH-Lauf noch nicht gestartet?« behandelt wurde. Sie griff das Thema Entbürokratisierung und Bürgerfreundlichkeit in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Veranstaltern von sportlichen Veranstaltungen auf. Dabei geht es nicht um Großveranstaltungen wie den Berlin-Marathon, sondern um Vereine und ehrenamtliche Bürger,



Bezirksamt wieder vollzählig

die Sport- und Laufveranstaltungen organisieren. Sie sind es, die am Genehmigungsverfahren der Verwaltung in Mitte schier verzweifeln. Schon mehrfach hat sich der Sportausschuss diesen Fragen zugewandt und Vorschläge für mehr Bürgerfreundlichkeit und Planungssicherheit für die Veranstalter an das Bezirksamt gerichtet. Bisher ohne Reaktion der Verwaltung. Die lange geübte Geduld der Bezirksverordneten entlud sich in helle Empörung, als Stadtrat Ephraim Gothe (SPD) bei der Beantwortung der Frage diese Zusammenarbeit in den schönsten Farben malte und keine ernststen Beschwerden ausmachen konnte. Der einberufene Ältestenrat konnte die Wogen glätten. Es bleibt aber die Frage, wann wird die Verwaltung die vernünftigen Vorschläge zu einer bürgerfreundlichen Genehmigungspraxis umsetzen und sich auch in diesem Bereich als Dienstleistungsbehörde für die Bürger verstehen.

Blick aus dem Amt:

LINKE wieder in Mittes Bezirksamt

Am 21. Januar 2010 war es endlich soweit. Der über zwei Monate freie Stuhl im Bezirksamt Mitte wurde durch DIE LINKE wieder besetzt. Ein langes und ziemlich fragwürdiges Tauziehen, in dem es um das Ende einer politischen Vereinbarung, einen immer noch nicht beschlossenen Bezirkshaushalt und eine Neuverteilung der Ressorts ging, nahm damit ein vorläufiges Ende.

Mit Beschluss des Bezirksamtes hat DIE LINKE mit sofortiger Wirkung das Ressort Jugend übernommen, das Ressort Finanzen ging an die SPD-Stadträtin D. Hänisch. Ab dem 1. April soll DIE LINKE zusätzlich die Verantwortung für das Ressort Schule und Sport übertragen bekommen. Bis dahin soll die bezirkliche Schulentwicklungsplanung von der BVV Mitte beschlossen sein.

Die Verantwortung für das Schulressort war für die SPD einmal »Chefsache«. Nun, wo es ernst wird, wo mit Beschluss des Abgeordnetenhauses die Schulstrukturreform umge-

setzt werden muss und in Mitte aufgrund der Budgetierungsdefizite von aktuell zehn Millionen Euro auch Schulschließungen notwendig werden, kneift die SPD. Sie lässt den Schulbereich im Jahr vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Stich. Als LINKE nehmen wir die Herausforderung an. Sicher wird es keine leichte Aufgabe. Doch es ist vor allem eine große Chance, um linke Politik im Interesse von mehr Chancengleichheit für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu realisieren. Dazu gehört nicht nur das Vortreiben des Projektes der Gemeinschaftsschule.



Foto: Archiv

Der neue Ressortzuschnitt gibt uns die Gelegenheit, notwendige Veränderungen in den Schulen und in den Sozialräumen gemeinsam mit den SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen im Zusammenwirken

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Triff es zu**, dass die Genehmigung für den KKH-Lauf 2010 in Berlin-Mitte noch nicht erteilt ist? Sieht sich das Bezirksamt in der Lage, der Laufveranstaltung umgehend eine Genehmigung zu erteilen, damit der Veranstalter über ein Mindestmaß an Planungssicherheit verfügt? Wie bewertet das Bezirksamt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Veranstaltern von sportlichen Veranstaltungen? Sieht das Bezirksamt hier Möglichkeiten der Entbürokratisierung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, für mehr Bürgerfreundlichkeit und mehr Planungssicherheit für die Veranstalter? (DIE LINKE) 1489/III

■ **Wann hat das Bezirksamt** Mitte von Berlin wo und aus welchem Grund in den letzten 10 Jahren eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB erlassen? (DIE LINKE) 1508/III

Diese Anfrage steht im Zusammenhang mit einer Bürgeranfrage, in der sich drei Baugruppen, die in der Sebastianstraße Wohnhäuser errichten wollen, mit ihren Problemen mit der Bauverwaltung Mitte an die BVV wenden.

Überwiesen u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, schnellstmöglich mit der Gestaltung des Mauerparks zu beginnen. Auf Flächen, die schon jetzt unstrittig dem Mauerpark zugeordnet werden, soll nach den Plänen von Prof. Lange bzw. in Abstimmung mit ihm die Grünplanung umgesetzt werden. (DIE LINKE) 1494/III

von Schule, Jugendhilfe und Sport in Angriff zu nehmen. Die aktuellen Zahlen des sozialen Stadtmonitorings belegen auch im Bezirk Mitte enormen Handlungsbedarf. Es ist eine wichtige Erkenntnis des Senats, im Rahmen sozialer Stadtentwicklung mehr in Bildung zu investieren, um der zunehmenden sozialen Spaltung in der Stadt entgegen zu wirken. Mit gebündelter Jugend-, Schul- und Sportpolitik werden wir in diesem Sinne in Berlins Mitte linke Akzente setzen.

Petra Schrader

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jeden Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 - 5.Etage.

Dresden legt sich quer

Blockade gegen Neofaschisten am 13. Februar



Alljährlich gedenken in Dresden Tausende der Opfer der barbarischen, durch nichts zu rechtfertigenden Terrorangriffe amerikanischer und englischer Bomber am 13./14. Februar 1945.

Die Menschen, die auch in diesem Jahr der Toten gedenken, wissen, dass all diese Geschehnisse nicht stattgefunden hätten, wenn die deutschen Faschisten nicht ihren verheerenden Krieg vom Zaune gebrochen hätten. Die materiellen Schäden konnten geheilt werden: Semper-Oper, Zwinger, Gemäldegalerie, Frauenkirche ... Die vielen tausend Toten aber ... Wenn sich in Dresden Mitte Februar wieder Tausende versammeln, dann eint sie das Gelöbnis: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder Bomben. Mancher wird dabei auch darüber nachdenken: Deutschland führt heute schon wieder Krieg – in Afghanistan.

Es sind – wen wundert es – die schwarzbraunen Hohlköpfe, die mit einem »Trauermarsch« und einer Großkundgebung in Dresden die Würde des Tages stören wollen. Sie behaupten zwar, der Toten zu gedenken. Sie machen aber keinen Hehl daraus, dass sie die sattsam bekannten großdeutschen Parolen verbreiten und unter faschistischen Symbolen aufmarschieren werden. Vor über 70 Jahren hieß es »Juden raus«. Heute wird »Ausländer raus« skandiert. Eine der Gliederungen der NPD, die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschlands« hat ihre Anhänger aufgefordert, in Dresden keine Nazi-Fahnen zu zeigen, wohl aber auf Transparenten zu sagen, was sie denken. Man kann sich vorstellen, was auf denen steht. Und gleichzeitig wird

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und
am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr
im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3,
10178 Berlin, Raum 323,
Telefon: 9 01 82-45 65

DIE LINKE Berlin Mitte

gegen alles gehetzt, was sich ihnen in den Weg stellt. Diese Leute haben nichts, aber auch gar nichts gelernt.

Einen Vorgeschmack haben wir hier in Berlin beim Aufmarsch der Neonazis in Mitte im vergangenen Herbst bekommen. Am 10. Oktober wurden antifaschistische Gegendemonstranten aus den Reihen der schwarzen Horden heraus mit Wurfgeschossen attackiert. Gleichzeitig fuhr im Zug der Neofaschisten ein Lautsprecherwagen mit, aus dem der polizeibekannt, vorbestrafte NPD-Funktionär Lutz Giessen Namen und Anschriften von Antifaschisten verlas mit der Aufforderung, diese »zu Hause zu besuchen« – begleitet vom Hitlergruß. Dafür gibt es nur eine Bezeichnung: Pogromhetze. Und die Staatsmacht? Die verhielt sich wohlwollend – gegenüber den Nazis! Am 19. Januar durchsuchte auf Anweisung eines Dresdner Amtsrichters die Polizei Räume von Antifaschisten in Dresden und Berlin, darunter auch der LINKEN, und beschlagnahmte Plakate, die zur Protestaktion gegen den Naziaufmarsch aufriefen. Dies sei eine »Straftat«. Aber die bundesdeutsche Justiz war schon immer auf dem rechten Auge blind.

Es gibt in der sächsischen Landeshauptstadt ein breites Bündnis unter der Losung »Dresden legt sich quer« gegen den Aufmarsch der Faschisten. Es sind zahlreiche Blockaden geplant, um den braunen Horden ein Vorwärtkommen zu erschweren. Nicht nur Gewerkschaften und LINKEN, auch viele andere antifaschistische, demokratische Organisationen und die Oberbürgermeisterin gehören diesem Bündnis an. Übrigens: Auch alle Berliner Bürgermeister sind sich einig: Kein Platz für Neonazis.

Wir wünschen unseren Dresdner Freunden und Genossen viel Erfolg. Sie haben unsere uneingeschränkte Sympathie. Wer es ermöglichen kann, sollte am 13. Februar nach Dresden fahren und sich in die Gegenaktionen einreihen.

Denis Ruh

Einzelheiten zu Mitfahrmöglichkeiten:
Telefon: 030/24 009 289
E-Mail: 13.Februar@die-linke-berlin.de

20 Gruppen vereint

»Bündnis Mitte gegen Rechtsextremismus«

Der Stadtteil Wedding gerät seit Jahren immer wieder wegen diverser rechter Überfälle auf Migrantinnen und Migranten in die Schlagzeilen. Die faschistische Ideologie, Rassismus und Antisemitismus sind in den Köpfen der Neonazis in Berlin zu finden. Hauptopfer der terroristischen Aktionen sind die Migrantinnen und Migranten. Um diesen Überfällen entgegen zu treten, wurde im Bezirk Mitte ein Bündnis gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Die Initiatoren erklären:

»Wir wollen diesen Nazis gemeinsam zeigen, dass wir ihre Hetze nicht dulden«. 200 Leute haben sich bei der ersten Zusammenkunft an diesem Bündnis beteiligt.

Dieser erste wichtige Schritt kam zustande, nachdem am 19. September 2009 eine vierköpfige Gruppe zwei 55 und 60 Jahre alte Iraner auf dem U-Bahnhof Rehberge überfallen und schwer verletzt hatte. Der 26 Jahre alte Haupttäter hatte mit einem Teleskopschlagstock auf die beiden Männer eingeschlagen und anschließend dem bewusstlos am Boden liegenden 60-Jährigen gegen den Kopf getreten. Zuvor sind die Iraner rassistisch angepöbeln und dann geschlagen worden. Drei der Täter sitzen in Untersuchungshaft; gegen den Haupttäter wird u.a. wegen versuchten Mordes ermittelt.

Ein Mitarbeiter der BVG kam den Opfern zu Hilfe. Auch er wurde von den Rassisten angegriffen.

Dem Bündnis haben sich rund 20 Gruppen, darunter Gewerkschafter, Antifas, Jusos, die Linken, das Berliner Bündnis Iran und die Türkische Gesellschaft – und zahlreiche Einzelpersonen angeschlossen. Alle in der Bezirksverordnetenversammlung von Mitte vertretenen Fraktionen unterstützen die Initiative.

Einer der Initiatoren, der Kommunikationsmanager Lutz Bucklitsch, sagte bei der ersten Kundgebung vor dem Rathaus in Wedding: »Das Recht, den Nazis mit ganz praktischen Mitteln entgegen zu treten, werden wir uns nicht nehmen lassen«. Die Straße gehört uns allen, aber niemals den Nazis.

Kambiz Behbahani



Kurznachrichten

Schneller Euro für den Bezirk

Etwa 69 400 Stellplätze für parkende Autos gibt es derzeit in Berlin. Spitzenreiter mit 27 500 bewirtschafteten Stellplätzen ist Mitte. Es gilt der Grundsatz: Gebühren für Parkplätze entsprechen dem Prinzip der Marktwirtschaft. Sie können eingeführt werden, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt. Für Mitte bedeutet dies, dass künftig noch mehr Parkscheinautomaten angeschafft werden, auch im Interesse von Parkmöglichkeiten suchenden Anwohnern, erläutert die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Die Einkünfte aus den Automaten bleiben bei den Stadtbezirken, Bußgeld und Verwarnungsgeld werden nach einem recht komplizierten Schlüssel zwischen Bezirk und Senat geteilt.

Tacheles vor Räumung

Das Künstlerhaus Tacheles, Oranienburger Straße, steht vor dem Aus. Das gesamte Areal (21 858 Quadratmeter) plus Gebäude soll zwangsversteigert werden. Für den Tacheles-Verein besteht kein Mietvertrag mehr. Um eine Räumung sofort zu verhindern, hat der Tacheles-Vorstand bei Gericht einen Insolvenzantrag gestellt. Eigentümer der Gesamtfläche ist die Johannishof-Projektentwicklungsgesellschaft, die Forderungen der HSH Nordbank von 70 Millionen Euro seit Jahren nicht erfüllt. Ein vorliegender Rechtstitel für die Bank kann nicht mehr angefochten werden.

Handwerker kommen

Das Bundeskanzleramt (Tiergarten) muss nach offiziellen Angaben umfassend renoviert werden. Für rund sieben Wochen wird ab März Bundeskanzlerin Angela Merkel in andere Zimmer ausweichen. Handwerker verlegen im Haus neue Fußböden, Haustechnik und Kabelanlagen sind zu erneuern beziehungsweise auszubessern sowie umfangreiche Malerarbeiten zu erledigen. Auch Brandschutzmängel wurden festgestellt, in der Tiefgarage tropft es von der Decke. Der Neubau war erst 2001 übergeben worden. Die jetzigen Arbeiten sollen bis ins nächste Jahr dauern. Unklar sei derzeit nach Angaben eines Regierungssprechers, wer für die Kosten aufkommen müsse.

Veranstaltungshinweis

Ein Anfang und das Ende – 20 Jahre und der Erfahrungsschatz eines jüdischen Kulturvereins in Berlin

Debatte mit Irene Runge

**Am Montag, 15. Februar 2010,
18 Uhr im Salon Cuba Klassik,
Leipziger Straße 6 1**

Nächster Halt: »Naturkundemuseum«

U-Bahnhof Zinnowitzer Straße wurde Ende 2009 umbenannt



Foto: Naturkundemuseum

Ab und an wollen die Publikumsbeliebte auch abgestaubt werden

Bereits im U-Bahnhof können die Besucher seit dem 13. Dezember 2009 bei aufmerksamer Betrachtung der neuen großformatigen Fotos erkennen, dass das Museum mehr ist als »nur« seine weltberühmten Dinosaurier. Nicht nur sorgten die vor zwei Jahren neu geschaffenen attraktiven Ausstellungen zum Thema »Evolution in Aktion« für einen Besucheransturm. Die 30 Millionen Sammlungsobjekte und rund 400 Personen, die mit und in diesem Archiv der Natur arbeiten, machen das Museum für Naturkunde zu einem der bedeutendsten Naturkundemuseen der Welt.

Über eine halbe Million Besucher kommen jährlich ins Museum, die meisten davon mangels Parkplätzen mit öffentlichen Verkehrsmitteln. »Bisher war es für unsere Gäste nicht eindeutig zu erkennen, wo sie aussteigen müssen. Daher freuen wir uns über »unseren« neuen U-Bahnhof besonders. Diese Umbenennung erhöht aber auch die Attraktivität des Stadtquartiers zwischen Hauptbahnhof, Chausseestraße und Oranienburger Straße, mit Hamburger Bahnhof, Medizinhistorischem Museum, Museum für Naturkunde und zahlreichen Galerien. Die Umbenennung des U-Bahnhofs ist nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung unseres Museums durch das Land Berlin, sondern auch eine sinnvolle kulturpolitische Investition«, so Reinhold Leinfelder, Generaldirektor des Museums für Naturkunde.

Am bekanntesten ist das Museum wegen seiner Dinosaurier. Die großen Pflanzen fressenden Dinosaurier nutzten raffinierte Luftsacksysteme und eine Fachwerk-Bauweise um ihren Hals stabil zu halten. Eine deutsch-schweizerische Forschungs Kooperation von Wissenschaftlern des Museums für Natur-

kunde Berlin, des Naturhistorischen Museums Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz untersuchte erstmals zwei riesige Dinosaurier-Halswirbel mit einer mechanischen Analyse-Technik, der Finiten-Elemente-Analyse, und lüfteten auf diesem Wege das Geheimnis, wie die Sauropoden das Kunststück schafften, ihre bis zu zehn Meter langen Hälse zu stabilisieren. Die Frage, wie sie diese langen Hälse überhaupt stabil halten können, beschäftigt Paläontologen seit vielen Jahrzehnten. Man weiß mittlerweile, dass die Hals- und Rumpfwirbel der Sauropoden ähnlich wie bei heutigen Vögeln von luftgefüllten Gewebblasen umhüllt waren, welche sogar in das Wirbelinnere vordrangen und die Knochen löcherig wie einen Käse machten.

Das Museum für Naturkunde wurde zum 1. Januar 2009 aus der Humboldt-Universität zu Berlin, zu der es bisher gehörte, ausgegliedert.

Christoph Nitz

Museum für Naturkunde: Dienstag bis Freitag von 9.30 bis 18.00 Uhr Sonnabends, Sonntags und an Feiertagen von 10 bis 18 Uhr. Letzter Einlass ist stets 30 Minuten vor Schließzeit des Museums. Montags ist das Museum geschlossen. Invalidenstraße 43, 10115 Berlin. Mehr Information im Internet: www.naturkundemuseum-berlin.de

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Linksfraktion der BVV im Internet

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neuesten Stand.

Menschen in Mitte

Sybilla Fabian: Schließung des Weinmeisterhauses wäre Verlust



Foto: Herold

Sybilla Fabian, Frank Kowallik und Pura Kauf (von links nach rechts) im Kunstatelier.

Inmitten des winterlichen Berlins laufen schon in diesen Tagen in dem Ende des 19. Jahrhunderts errichteten roten Backsteinbau in der Weinmeisterstraße 15 die Vorbereitungen auf ein fröhliches, buntes Frühlingsfest. Sybilla Fabian nennt es »Rettungsfest«, mit dem sie zusammen mit ihren drei festen und elf freien Mitarbeitern und natürlich unzähligen Besuchern aus der ganzen Stadt den Weiterbetrieb des Weinmeisterhauses begeistert feiern will.

»Unser einzigartiges Haus der Kinder- und Jugendkultur in Mitte hat noch einmal eine Überlebenschance erhalten«, freut sich die 55-jährige Leiterin. »Nachdem es kurz vor Weihnachten in der Bezirksverordnetenversammlung erst einmal für sechs Monate von der Streichliste des Bezirksamtes herunter genommen wurde, leben wir wieder mit großer Hoffnung und wir arbeiten angestrengt an einem Konzept zur Weiterfinanzierung, überlegen Sparmaßnahmen, suchen nach neuen Ressourcen, nach Sponsoren und Unterstützern.«

»Die beabsichtigte Schließung unserer Einrichtung nach mehr als fünf Jahrzehnten Kinder- und Jugendarbeit wäre ein riesiger Verlust nicht nur für die Mitte unserer Hauptstadt«, unterstreicht die leidenschaftliche Kunstenthusiastin Pura Kauf, die sich dort wie die Erzieherin und Sozialpädagogin Sybilla Fabian und der Fotograf Frank Kowallik, der mit wertvollen Erfahrungen aus dem Haus der Jungen Talente in die Weinmeisterstraße kam, seit 1991 engagiert. Die Musikpädagogin Heike Richter war schon lange zuvor in dem Gebäude, im damaligen Pionierhaus »Bruno Kühn«, aktiv.

Rund 15.000 Besucher zwischen fünf und 26 zählte das Weinmeisterhaus allein im vergangenen Jahr. Etwa 300 junge Berliner bevölkern wöchentlich die drei Etagen. Sie kommen in die Zeichenwerkstatt, in das Foto- und Videostudio, produzieren Musikaufnahmen im pro-

fessionell ausgestatteten Studio des Tontechnikers Przemek Ferus. Jugendbands wie »The Edward Orchestra« proben im Musikraum. Kinder spielen Gitarre oder Klavier, Jugendliche interessieren sich mehr für Folkrock.

300 junge Berliner kommen jede Woche zum Malen, Tanzen oder Musizieren

Die Tanzpädagogin Ursula Streubel und der Ballettmeister Martin Meng leiten Tanzgruppen, darunter auch eine für Behinderte. Großen Zuspruch finden das Theaterkollektiv, die Näh- und Modewerkstatt, die Angebote des Keramikateliers, des Literatursalons, der Medienwerkstatt. Die Galerie zeigt in diesen Tagen Fotos von Schülern, die mit der Kamera auf »Spurensuche« in der Spandauer Vorstadt unterwegs waren. Zu einer guten Tradition im Haus sind auch die Projektstage des Humanistischen Verbandes für 60 bis 70 Teilnehmer in jedem Jahr an den Jugendfeiern, so zur Fotografie oder zum Theaterspiel, geworden.

»Unsere Angebotspalette ist schier endlos«, sagt stolz Sybilla Fabian. »Man kann sich gar nicht vorstellen, was es für die vielen Kinder und jungen Leute bedeuten würde, müsste diese verschwinden.« Voller Zuversicht schaut sie mit ihren Mitstreitern in die Zukunft. Auf bunten Flugblättern rufen sie die jungen Künstler im Weinmeisterhaus zum »Weitermachen« auf, zu vielen lustigen Beiträgen für das geplante Frühlingsfest - Songs, Texte, Fotos, Comics, Zeichnungen, Videos, Malerei, Plastiken, Tänzen und mehr. Viel Glück und viel Spaß beim Feiern! Weitere Informationen im Internet unter www.weinmeisterhaus.de

Matthias Herold

Bei anderen gelesen

Mehr als ein »Geschmäcke«

Seit dem FDP/Flick-Skandal und Kohls Spendenaffäre sollten alle Parteien jeden Verdacht der Käuflichkeit meiden. Ein Verbot aller Unternehmensspenden wäre die sauberste Lösung. Das aber ist wenig wahrscheinlich, weil Union und FDP ihre finanzielle Basis verlören. »Berliner Kurier«, 19.01.2010

Im Tagebuch von Kristina Köhler gelesen

Es ist extrem wichtig, dass ich endlich Schritte gegen diese Zecken einleite. In der BRD darf einfach kein Platz sein für politischen Extremismus, egal, ob von links oder von rechts. Es muss Schluss sein mit diesen Zecken, diesen Rasta-Trägern, diesen Parka-Verkriechern, diesen Eigentumszerstörern und Demo-Randalierern, diesen stinkenden ungepflegten Linken.

Heimlich in Kristina Köhlers Tagebuch gelesen hat Kirsten Reinhardt für die »taz«, 21.01.2010

Wie Berlin armen Stadtvierteln helfen will

Die soziale Kluft zwischen Problemkiezen und dem Rest der Hauptstadt hat sich weiter vergrößert. Die Probleme konzentrieren sich nach wie vor in den Stadtvierteln Kreuzberg, Neukölln, Wedding-Moabit, Marzahn und Hellersdorf. Dort lebt ein Fünftel aller Berliner. Mit Sozialprogrammen von 50 Millionen Euro soll dieser Entwicklung gegengesteuert werden. Die schwächsten Viertel sollen mit den besten Schulen ausgestattet werden. »Berliner Morgenpost«, 21.01.2010

ÖBS in Berlin kann nicht ausgebaut werden

Der Ausbau des Öffentlichen Beschäftigungssektors in Berlin hat durch die Umverteilung von Mitteln der Bundesagentur einen empfindlichen Rückschlag erlitten und ist gescheitert. Hintergrund ist die reale Kürzung des Beschäftigungszuschusses (BEZ) um 26 Prozent. »Neues Deutschland«, 21.01.2010

Wowereit begrüßt das Jahr 2010

Berlin ist eine quirlige, dynamische und international ausgerichtete Metropole mit einer zukunftstauglichen Wirtschaft. Das Wissenschaftsjahr 2010, in dem wir die Jubiläen von Charité und Humboldt-Universität begehen, ist ein Jahr, das auch für Zukunft steht. Klaus Wowereit im »Berliner Abendblatt«, 28.12.2009

Eine Afrikanerin im Wedding

Das vielfältige Engagement der Assibi Wartenberg

Ihr Engagement für die afrikanische Community in Berlin und im Wedding hat Assibi Wartenberg schon eine Hasstirade auf einer faschistischen Webseite eingebracht. Bisher sei sie zwar noch nicht direkt bedroht worden, erzählt sie, aber manchmal steige doch etwas wie Angst in ihr hoch. Aber von ihrer vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit lässt sie sich deshalb nicht abbringen.

Im Allgemeinen seien die Beziehungen zwischen Deutschen und Afrikanern aber gut, sagt sie. Das gelte besonders für den Wedding, wo »in jedem zweiten Haus Afrikaner leben«. Die gemeinsame Armut habe – so schlimm sie sei – auch etwas Verbindendes. Mehr Sorgen machen ihr die Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Migrantengruppen, aber auch zwischen den verschiedenen afrikanischen Nationalitäten. Das sei aber besser geworden, seit sie 1980 nach Berlin kam. Mittlerweile hat sich die afrikanische Com-



Assibi Wartenberg mischt sich ein

munity in der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft zusammengeschlossen, wo auch Deutsche mitarbeiten. Untereinander reden

die Vertreter des vielsprachigen Kontinents übrigens deutsch. »Das müssen wir sowie-so alle lernen.«

Die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft ist nur eine Baustelle von Assibi Wartenberg. Die Restaurantbetreiberin, die im Glaskasten im Soldiner Kiez ein reichhaltiges Veranstaltungsprogramm organisiert, ist außerdem Vorsitzende des deutsch-togoischen Freundschaftsvereins, der in Togo eine Krankenstation aufbaut, Mitglied im Quartiersrat im Sprengelkiez, wo sie wohnt und an einzelnen Projekten beteiligt ist. Sie setzt sich gemeinsam mit Ursula Trupa, ebenfalls eine bekannte Weddingener Aktivistin, für die Umbenennung von Straßen und Plätzen im Afrikanischen Viertel ein, die nach deutschen Imperialisten und Völkermördern heißen. Daneben organisiert sie seit 2008 das Afrikafest vor dem Weddingener Rathaus mit. Im Spätsommer 2010 soll es dort das dritte Fest geben.

Assibi Wartenberg kann dieses Pensum nur bewältigen, weil ab und zu ihr Mann hinterm Tresen steht und sie selbst ein Arbeitstier ist. Sie bleibt aber trotz aller Hektik immer ausgeglichen, kommunikativ, eine Frau mit Herz. Im Wedding könnte man ruhig mehr Menschen von ihrer Sorte gebrauchen.

Thomas Kilian

Rede, Genosse Mauser!

Wer will die Revolution, wenn der Preis die Revolution ist?

Die Volksbühne, in diesen Tagen eingeschneit, doch für Enthusiasten noch über Glatteispfade zu erreichen, ist nicht ausgebucht. Zwei Stücke sind an diesem Januarabend angesagt: »Die Maßnahme« (Bertold Brecht, 1930) und »Mauser« (Heiner Müller, 1970) – mit der Frage: muss ich mich erschießen lassen, wenn die Partei mich nicht mehr braucht – oder will? Wenn ich einen Fehler mache – bin ich dann der Fehler – für die Partei, für die Revolution? Mauser (deutsche Waffenschmiede) meint in Müllers Parabel den traditionsreichen Pistolentyp, hier symbolträchtig und ohne

Pause an das Lehrstück von Brecht gelehnt.

Das Publikum durchwachsen, jung und alt, im kleinen Schwarzen und im Studentenlook, auf Seesäcken im Parkett. Was mag sie an Brecht interessieren? Was an Müller und was an der Regie von Frank Castorf? Nur perfektes Handwerk?

Die Bühne empfängt uns mit einer Stegkonstruktion, Raum erschließend, Erwartungen weckend, das Orchester noch tief im Graben – in den Bühnenraum geholt durch Projektionen auf monitorähnliche Leinwände, mit Eisler und seiner unanständigen Verführung; dem Arbeiterchor als Frager, Sucher und Lehrer. Der Dirigent (Marcus Crome) gottgleich ebenda. In den Hauptrollen: Hermann Beyer, Sebastian König, Christoph Letkowski, Trystan Pütter und Jeanette Spassova. Die »Maßnahme«, provokant und brechtgerecht verfremdet, stellt die Sinnfrage: Welche Ideologie rechtfertigt welche Opfer? Würde Brecht so die letzte, die »friedliche«, Revolution hinterfragen? Oder war das nur eine Wende, müllergerecht? Fragt gar jemand nach den Bürgerbewegten: aktiviert oder einsortiert, christianisiert, kompostiert? Bei Brecht und Müller werden die Helden noch erschossen. Castorf fragt wa-

rum – ironiefrei, Antworten vermeidend. Aber theatergerecht! Wie auf einer Partitur korrespondieren Orchester, Bühne, die Akteure auf dem Steg und den beiden Filmleinwänden. Handkameras, auf die Bühne projiziert, machen es möglich, beziehen auch den Zuschauerraum ein, das Foyer, draußen den Luxemburgplatz. Vergnüglich bis zur Vonselbstständigkeit der Unterhaltungsqualität, wenn Castorfs Schauspieler auf der Straße mit einem irritierten Sushi-Lieferanten per Anhalter nach Moskau fahren wollen. Moskau als ideologischer Irrtum der Geschichte. Revolutionäre Irrungen und Wirrungen punktgenau aus dem »Stillen Don« (Gerasimov-Film) eingeblendet.

Was will die Revolution, wenn der Preis die Revolution ist? Heiner Müllers angehängtes Stück wiederholt das Thema: Das, was Castorfs »Maßnahme« diskussionsfähig macht, seine kommentararme Darstellung des vielschichtigen Heldentums im Umfeld gesellschaftlicher Erfordernisse und individueller Ansprüche, wird bei Müller jedem, der bis jetzt die Parabel noch nicht verstanden hat, nach dem Prinzip Schallplatte und der Choreographie von Meg Stuart immer wieder vorgeturnt.

Fazit: Die »Maßnahme« zeigt die Volksbühne am Luxemburgplatz von innen viel weniger verschneit als von außen. Auch, oder gerade, weil sie unbeantwortet lässt, ob die Idee alles ist und die Helden nichts – oder recycelbar.

Verena Werthmüller

DIE LINKE Berlin Mitte

Ausgelesen

Erich Buchholz: »Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD?«

Ein hervorragender Kenner des Strafrechts der DDR vergleicht die Rechtsordnung der beiden deutschen Staaten.

Erich Buchholz: »Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD? Ein Jurist antwortet«

Edition Ost, 2006, ISBN 13-978-3-360-01077-3, 12,90 Euro

Schulbildung ohne soziale Barrieren

Die neue Schulstrukturreform ist ein wichtiger Meilenstein für die Änderung des Bildungssystems

Das Abgeordnetenhaus hat am 14. Januar 2010 mit den Stimmen der SPD und der LINKEN und bei Enthaltung von Bündnis90/Die Grünen die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung der integrierten Sekundarschule beschlossen. Neben den Gemeinschaftsschulen, die Grund- und Sekundarstufe umfassen, wird es künftig nach der Grundschule nur noch die integrierte Sekundarschule und das Gymnasium geben.

Worum ging es eigentlich der Fraktion der LINKEN bei dieser Veränderung? Die gegenwärtige Bildungsmisere folgt aus dem dreigliederigen Schulsystem, das die Kinder spätestens nach der Grundschule aussortiert und Kinder und deren Eltern in eine Sackgasse führt. Mit der Gemeinschaftsschule hat die Fraktion der LINKEN ein Modell für langes gemeinsames Lernen geliefert. Die Schulstrukturreform ist ein weiterer Schritt, Kindern bessere Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die zentralen Ziele der Reform können wie folgt zusammengefasst werden:

■ Alle Kinder und Jugendlichen sollen zu höchstmöglichen schulischen Erfolgen geführt werden. Sie soll den Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich verringern. Durch die Reform bleibt die Möglichkeit zum Abitur den Schülern länger offen.

■ Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten soll sich innerhalb der nächsten zehn Jahre deutlich erhöhen.

■ Die Schulstrukturreform soll den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft eines Kindes spürbar entkoppeln.

Mit der Reform werden in Schulen integrative und offene Lernformen praktiziert, werden Schulen mit mehr Sozialarbeiter-/Erzieherstellen und mit mehr finanziellen Möglichkeiten für das »duale Lernen« und für das Lehrerfortbildungsprogramm ausgestattet. Nicht alle offenen Punkte in der Bildungspolitik wurden mit der Schulreform geklärt. Eine Verbesserung der Ganztagsförderung in Grundschulen und die Ände-

rung der sonderpädagogischen Förderung bleiben beispielsweise noch ungeklärt. Trotz des Widerstandes der SPD-Fraktion, dass die Gymnasien unbedingt erhalten bleiben sollen, ist die Schulstrukturreform ein Kompromiss. Die Gymnasien haben nicht mehr das Abiturmonopol. Dass die Reform insbesondere von der GEW und IHK unterstützt worden ist, zeigt nur, dass sie ein richtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit und besseren Leistungen ist. Eine vollständige Änderung dieses Bildungssystems erfordert mehr Engagement nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch Engagement von Eltern, Elternvereinen, zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auf

jeden Fall wird dies eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Fraktion der LINKEN bleiben.



Foto: Archiv

Kadriye Karci

Mitglied der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Politische Bildung

»Opa auf der Matte«

Günter Herlt, Autor; Moderation: Christian Beyer

16.02. 10:00 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Kapitalismuskritik heute

Kongress zum Forschungsprogramm von Jörg Huffschild

20.02. 10:00 Uhr

ver.di Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

In Kooperation mit Attac, Memorandum-Gruppe, EuroMemo-Group, ver.di/Bereich Wirtschaftspolitik und den Zeitschriften »Blätter für deutsche und internationale Politik«, »Sozialismus«, »Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung«

Gebaute DDR - ihr Abbruch, Umbau, Erbe, Status

Bausteine ostdeutscher Kulturgeschichte. Ein kritischer Bericht über den Umgang mit der baulichen und architektonischen Hinterlassenschaft der DDR.

Prof. Dr. Simone Hain; Moderation: Prof. Dr. Dietrich Mühlberg

23.02. 19:30 Uhr

Salon Rohnstock, Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin

Stuttmann kommentiert

Schluss mit dem angenehmen Leben!
Schluss mit dem Müßiggang!
Hartz IV ler nach Afghanistan!!



Der nächste Vorschlag aus Hessen...

Unsere Hilfe für die Kälte-Hilfe-Notübernachtung

Wie in den vorher gehenden Jahren, hat auch in diesem Jahr die BO 333 Moabit während der letzten Versammlung Geld für die Kälte-Hilfe-Notübernachtung gesammelt. Dieses Jahr kamen tatsächlich 70 Euro zusammen.

Von einer zusätzlichen Spende in Höhe von 100 Euro kaufen Ursula und Renate Käse, Wurst, Kaffee und Marmelade für das Frühstück der obdachlosen Menschen und bringen es am Donnerstag, 28. Jan. zusammen mit der Geldspende zur Stadtmission in die Leichter Str., die uns wie in den Jahren zuvor schon erwartet.

Ursula Jordan

Weitere Spendemöglichkeit unter <http://www.berliner-stadtmission.de/kaeltehilfe.html>

Das ist das Letzte

Es wäre das Letzte, wenn die Häuptlinge der LINKEN, als Partei der Solidarität, sich weiterhin mit Tiefschlägen um Macht und Einfluss balgen. Da kichern alle anderen, aber unsere Wähler nicht!

Über eine halbe Million Berliner leben mit Hartz-IV. Schröder, der dies einführte, ist als Gas-Baron aus dem Schneider. Herr Hartz, der den VW-Vorstand mit brasilianischen Nutten versorgt hat, ist auch hinreichend versorgt. Aber das Berliner Sozialgericht hat allein im letzten Jahr 26.750 Klagen auf den Tisch bekommen. Ein Anstieg von 25 Prozent: Wohnkosten beschnitten, Einkommen falsch berechnet, Leistungen zurückgefordert, Fristen ignoriert. Weil Hartz-IV als bürokratischer Krake permanent Armut und Unrecht per Gesetz produziert. Wie die LINKE von Anfang an gesagt hat.

Inzwischen hat auch die gebeutelte SPD-Führung begriffen, dass Hartz-IV, die Rente mit 67 und die Freiheit am Hindukusch so nicht mehr zu verteidigen sind. Ist das nun Einsicht, oder soll es den Linken nur Wind aus den Segeln nehmen?

Es wäre schön, wenn unser Vorstand bald wieder Augen für das strategische Umfeld hat. Die Wut zur Gegenwehr wächst. Das gilt auch für die nächste Kampagne der Leichenfledderer am Grab der DDR. Zwei Fotoausstellungen im Gropiusbau und im Außenministerium läuten das Einheits-Jubiläum ein. Ein Drittel der Bilder zeigten bewaffnete Sicherheitskräfte, ein Drittel bekannte Regimegegner und das letzte Drittel verfallene Altbauten. Das ist die Fortsetzung des Kalten Krieges mit einäugigen Fotografen.

Merkt denn niemand von den zugereisten Machthabern, dass so nur der Umsatz der anderen DDR-Bilder in den Köpfen und Buchläden gesteigert wird? Es mag für Fremde unglaublich klingen, aber es gab in der DDR nicht nur Verbrecher und Idioten, Täter und Opfer, sondern auch richtig nette, kluge und erfolgreiche Menschen, die tolle Kunststücke vollbracht haben! Wetten, dass ...?

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204,
Fax: 24 009 337,
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.1.2010

Ausgabebetrag für Nr. 3/10 – 4.3.2010

mittendrin · 2/2010

Öffentlich ist Mehrwert

Privatisierungen wieder aufheben

Privat vor Staat» und »der Staat ist der schlechtere Unternehmer«. Das waren die Schlagworte, mit denen in den 90er Jahren die Privatisierung öffentlichen Eigentums gefordert und durchgesetzt wurde. Damals privatisierte die Große Koalition unter Eberhard Diepgen (CDU) Bewag und GASAG vollständig, die Berliner Wasserbetriebe teilweise und verkaufte kommunalen Wohnungsbestand in Größenordnung. Die Resultate waren drastisch gestiegene Wasserpreise, da den privaten Investoren eine hohe Verzinsung auf das eingesetzte Kapital zugesichert wurde, die die Wasserpreise in die Höhe trieben.

Welche Folgen allein die Vorbereitung einer Privatisierung haben kann, sehen wir gegenwärtig an der S-Bahn. Weil die Deutsche Bahn an die Börse gehen sollte, wurde aus dem Betrieb der S-Bahn versucht, maximalen Profit herauszuziehen und deshalb die notwendige Instandhaltung und Wartung unterlassen. Die katastrophalen Folgen dieser Politik erleben wir täglich.

Wir brauchen also wieder mehr öffentlichen Einfluss auf die Unternehmen der Daseinsvorsorge. Berlin hat gegenwärtig einen Anteil von 50,1 Prozent an den Wasserbetrieben. Das ist eine knappe, aber immerhin eine Mehrheit. Nur: Gegenwärtig können wir diese Mehrheit nicht im Interesse der Verbraucher nutzen, weil Berlin sich mit den damaligen Privatisierungsverträgen und den dort eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den privaten Investoren selbst geknebelt hat.

Rot-Rot hat gegenüber den privaten Investoren angekündigt, diese Verträge im Interesse der Wasserkunden neu verhandeln zu wollen, weil mit den ständigen Wasserpreiserhöhungen Schluss sein muss. Dabei muss Berlin auch bereit sein, Anteile von den Privaten zurückzuerwerben. Als ersten Schritt habe ich die Initiative ergriffen, um die Kalkulationsmethoden der Wassertarife zu verändern. Dies würde die Profite der Privaten reduzieren, die Wasserpreise stabil halten und perspektivisch senken.

Berlin muss auch in anderen Bereichen den öffentlichen Einfluss verstärken: Der Senat hat erklärt, dass er nicht mehr bereit ist, angesichts des S-Bahn-Desasters das Monopol der Deutschen Bahn hinzunehmen. Die Übernahme des S-Bahn-Betriebs durch die kommunale BVG würde einen zuverlässigen Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs aus einer Hand gewährleisten, statt unser Nahverkehrssystem den Renditeinteressen von Aktionären auszuliefern.

Auch im Energiesektor muss der öffentliche Einfluss gestärkt werden: So trete ich dafür ein, dass sich das Land Berlin als Miteigentümer am Gasnetz beteiligt. Ich habe unlängst den Vorschlag gemacht, einen kommunalen Energieversorger für erneuerbare und klimafreundliche Energien aufzubauen. »Öffentlich ist Mehrwert« – das muss das Motto unserer Politik sein, die das öffentliche Interesse über private Verwertungsinteressen stellt.

Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Festival für Musik und Politik

vom 25. – 28.02.2010 in Berlin

mit Bleeding Hearts, Danny Dziuk, Anarchist Academy, Deadly T, Shana Supreme, B. Kellerbauer, Vicki Leandros, Gina Pietsch, Rainer Roloff, Gerhard Schöne, Konstantin Wecker, Jannis Zotos u.a.

Das vollständige Programm ist unter www.songklub.de/festivalprogramm-2010/ zu finden.

Volkssolidarität: Hilfe für Haiti

Freunde und Sympathisanten der Volkssolidarität können ihre Spende für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Haiti auch auf das zentrale Spendenkonto der Volkssolidarität überweisen: **Kto.-Nr.: 800, BLZ: 100 205 00**
Bank für Sozialwirtschaft
Kennwort: Spende für Haiti

Die Volkssolidarität ist assoziiertes Mitglied des Katastrophenhilfebündnisses »Aktion Deutschland Hilft«.

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- Zum 93.** Gertrud Markus, Walter Recke
- zum 88.** Ruth Schade
- zum 86.** Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer, Hanna Podymachina, Martha Reh
- zum 85.** Brigitta Busch
- zum 84.** Erika Möser
- zum 83.** Rosemarie Belda, Eva Gumpel, Liane Isberner, Horst Tinz
- zum 82.** Anneliese Lindner
- zum 81.** Edith Kehr, Eberhard Röhner, Edith Wagner
- zum 80.** Ursula Grüneberg, Elsa Muth, Siegfried Schiller, Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
- zum 75.** Günter Poppe
- zum 70.** Brigitte Kunze